

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Mittwoch den 3. August 1892.

Nr. 90.

Bekanntmachung.

Nr. 31 vom 28. Juli d. J. der Zeitschrift f. D. B. bringt eine Bekanntmachung „An sämtliche Buchdruckereibesitzer Deutschlands“, die unter Darlegung der Beschlüsse der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Breslau die Aufforderung an die Buchdruckereibesitzer und die bei denselben beschäftigten Gehilfen enthält, in Gemäßheit von § 33 und § 44 des Tarifs Anträge 1. auf Ermäßigung des Minimums für kleinere Druckorte und 2. auf Einführung und Abänderung von Lokalzuschlägen spätestens bis zum 25. August 1892 unter ausführlicher Darlegung der für dieselben maßgebenden Verhältnisse bei dem Tarif-Ausschusse des Deutschen Buchdrucker-Vereins einzureichen. Die Beschlussfassung über die eingehenden Anträge steht jedoch nur diesem Prinzipals-Ausschusse zu.

Abgesehen davon, daß nach dieser Bekanntmachung, trotz gleichzeitiger Veröffentlichung eines gegen den früheren in vielen Punkten schon verschlechterten Tarifs, nur Anträge entgegengenommen werden, welche sich auf die beiden oben angeführten Punkte beziehen und ebenfalls eine Reduzierung bedeuten, ist jede offizielle Mitwirkung der Gehilfenschaft bei einer event. Tarifberatung ausgeschlossen. Da die Gehilfenschaft hierin nur von neuem einen feindseligen Akt des Deutschen Buchdruckervereins erblicken kann, so richten wir das dringende Ersuchen an alle Gehilfen Deutschlands, sich von jeder Beteiligung an der Tarifmache des Vorstandes und Tarif-Ausschusses des Deutschen Buchdruckervereins so lange fern zu halten, bis der Gehilfenschaft eine gleichberechtigte Mitwirkung gesichert ist.

Die Absichten des D. B. V. treten bei dem zu octroyierenden Tarife klar zu Tage: Reduktionen der Tarifpositionen, Verschlechterung der Lehrlingskala, welche die Ursache zu weiterer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes wird, Verbilligung der Extrastunden durch Wegfall der Lokalzuschläge auf dieselben u. a. m., sind die „wohlwollenden“ Absichten des Tarif-Ausschusses des D. B. V. — Angesichts eines derartigen Vorgehens glauben wir der gesamten deutschen Kollegenschaft schuldig zu sein, ihre Aufmerksamkeit auf das den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen Hohn sprechende Gebaren der Prinzipalsführung hinzulenken und die Aufforderung an diejenigen, welche der Organisation fern stehen, zu richten, sich der organisierten Kollegenschaft anzuschließen und energig Protest gegen das einseitige Vorgehen des D. B. V. zur Verschlechterung der Lage des gesamten Gehilfenstandes einzulegen.

Kollegen, rafft Euch alle auf und laßt Euch nicht zur Niederreißung des mit schweren Opfern Erbauten gebrauchen!

Berlin, den 30. Juli 1892.

Der Vorstand des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker.

Zur Wehr gegen die Tarifreduktion!

Die Prinzipalschaft wird gut thun, das Aeußerste in Betracht zu ziehen und danach ihre Maßnahmen zu treffen. Diese Maßnahmen sind bereits in verschiedenen Versammlungen und Aussprachen der Führer, u. a. auch in der außerordentlichen Generalversammlung in Leipzig festgelegt worden und gehen einfach darauf hinaus, am bestehenden Tarife festzuhalten, falls die Vereinbarung eines neuen Tarifs an ausschweifenden Forderungen der Gehilfen scheitern sollte. Herr Büxenstein-Berlin führte diesbezüglich in der außerordentlichen Generalversammlung (des D. B. V.) am 8. Februar aus: „Dies ist aber gerade der glückliche Standpunkt des heutigen Tarifs, daß wir eine tariflose Zeit nicht haben können. Denn wenn heute die Gehilfen, falls die von ihnen eingebrachten Anträge abgelehnt werden, erklären, sie arbeiten nicht mehr nach dem Tarife, dann sind es die Gehilfen, welche den Tarif brechen, und wir haben weiter gar nichts zu thun, als unsern alten Tarif weiter zu bezahlen.“

... Die Generalversammlung (des D. B. V.) wird also beschließen, am bestehenden Tarife ... festzuhalten. Damit wird einer tariflosen Zeit vorgebeugt, falls es die Gehilfen auf den Kampf ankommen lassen.

Zeitschrift f. D. B. Nr. 23 v. 4./6. 1891.

Diese Beschlüsse (des Tarifausschusses des D. B. V. und der Prinzipalsmitglieder der Tarifkommission) werden dem vernünftig denkenden Teile der Gehilfenschaft zugleich zeigen, daß die Vereinnahmung der Prinzipale lediglich die Abwehr des Unberechtigten, Gewerkschaftlichen zum Zwecke hat, keineswegs aber darauf abzielt, die Gehilfen zu bedrücken; sie werden ihnen zeigen, daß die Prinzipalschaft den Grundsatz „Leben und leben lassen“ sehr wohl zu achten versteht und ihn auch inmitten aufgedrungener Kämpfe und der damit verknüpften schweren Schädigungen nicht aus dem Auge zu verlieren gedenkt.

Zeitschrift f. D. B. Nr. 40 v. 1./10. 1891.

Ich gebe zum Schlusse noch namens meiner Kollegen die Erklärung zu Protokoll, daß der bisherige Tarif nicht nur bis zum 31. Dezember d. J., sondern auch für weitere Zeit als gültig zu betrachten ist und daß alle Herren Kollegen, welche nach diesem Tarif auch ferner zu arbeiten sich bereit erklären, als tariftreu zu gelten haben.

Bruno Klinkhardt in der Schlussigung der deutschen Tarifkommission am 8. Okt. 1891.

Die durch das Scheitern der Tarifverhandlungen hervorgerufene Lage ist nun die folgende. Laut der vom Prinzipalsvorsitzenden der Tarifkommission abgegebenen Erklärung gilt der jetzige Tarif weiter, sowohl hinsichtlich der Entlohnungsweise als hinsichtlich der Arbeitszeit und zwar wird er so lange in Geltung verbleiben, bis Prinzipalschaft und Gehilfenschaft etwas anderes wieder vereinbart haben, was an seine Stelle zu treten hat.

Zeitschrift f. D. B. Nr. 42 v. 10. 10. 91.

... Die Prinzipale haben hierzu auch das vollkommenste Recht, weil der jetzige Tarif und mit ihm die zehnstündige Arbeitszeit zu Recht fortbesteht.

Zeitschrift f. D. B. Nr. 44 v. 22./10. 91.

Wenn man nicht bereits aus der Neunstundenbewegung und ihrer Folgezeit die unerhörtesten Mißhandlungen und Vergewaltigungen der Gehilfen seitens der Lohnherren gewohnt wäre, so würde man beim Lesen der letzten Nummer des Prinzipalsblattes seinen eignen Augen mißtrauen. Zwar konnten die Prinzipalsführer in den letzten Monaten ihre Absicht, eine Lohnherabsetzung ins Werk zu setzen, nur schlecht verhüllen, indes sie suchten doch wenigstens nach einer Form, in der dieselbe zur Beruhigung für gewissenhafte Menschen einem mit den Gehilfen vereinbarten Recht ähnlich sah. Dazu diente das Arrangement der Gehilfenvertreterwahl, das sofort beiseite geworfen wurde, als es seinen Zweck, Leute für die Aemter der Gehilfenvertreter zu erhalten, die zu der

beabsichtigten Reduktion Ja und Amen sagen, verfehlte. Nun beschreitet die Führerschaft der Lohnherren, nachdem es ihr mißlang, eine Schein-Gehilfenvertretung durchzusetzen, den Weg der offenen Gewalt, indem sie die Arbeitsbedingungen mit dem Effekt, die Lage der Gehilfen zu verschlechtern, einseitig zu dekretieren sucht.

Einen rücksichtslossten Rechts- und Kontraktbruch, als den durch die Ankündigung der Zeitschrift beschrittenen, hat es wohl selten gegeben. Einen Kontraktbruch ohne jede Entschuldigung und ohne den leisesten zwingenden Grund! Wenn drangefaserte und gemäßigete Arbeiter, um ihrer Bein ein Ende zu machen, sich hinreißen lassen, den eingegangenen Arbeitsvertrag zu brechen, dann kommen sie, die Scherbenrichter, und verlangen, daß die Kontraktbrüchigen nicht nur zur Einhaltung des Vertrages gezwungen, sondern außerdem in Geld- und Freiheitsstrafen genommen werden sollen. Hier aber sehen wir nun, wie die Crème des Unternehmertumes, der Stand der Buchdruckereibesitzer kalt lächelnd zum Kontraktbruch aufgefordert wird von seiner Führerschaft, von der Führerschaft, die unter unzähligen Verteuerungen diesen Kontrakt eingegangen ist und seine Unantastbarkeit in allen Tonarten gepredigt hat; wir sehen, daß zum Kontraktbruch aufgefordert wird, nicht um einer unerträglichen Lage zu entinnen, nein, um dem wehrlos geglaubten Arbeiter den brotnötigen Lohn um einige Silberlinge zu kürzen!

Wir haben diesen Ausführungen einige von den vielen in Prinzipalskreisen gethanen Aussprüchen vorangestellt, welche die Gesetzmäßigkeit, Liberalität und Güte unserer Lohnherren beweisen sollten. Sie sind vor und während der Streit-

zeit gefallen. Wir wollen uns der Berufung auf jene Worte der Prinzipalsleitung, die den Tarif vor dem Streik für eine dauernde, nur durch beiderseitiges Uebereinkommen abzuhändernde Institution erklärte, begeben, weil die Gehilfenschaft diesen Grundsatz mit der Erklärung des Ausstandes abgelehnt hat, obwohl die Prinzipale, die sich während des Streiks als die Aufrechterhalter von Ordnung und Recht aufspielten und die Gehilfen zur Ordnung und Recht des alten Tarifs zurückbringen wollten, nachträglich doch um so weniger Recht haben, von dem selbstgewählten Ordnungszustand abzufallen. Wir verschmähen es auch, das oben zitierte schöne Wort, wonach die Prinzipalschaft trotz des „aufgedrungenen Kampfes“ und der „schweren Schädigungen“ das „Leben und Leben lassen“ hinsichtlich der Gehilfen achten werde, zu reklamieren, alles dies soll nur zur Illustration des jetzigen Auftretens dienen, jedoch was wir immer und immer wieder mit ureigentümlichem Rechte für die Gehilfenschaft in Anspruch nehmen, das ist die Abmachung der Prinzipals- und Gehilfenleitung bei Beendigung des Ausstandes am 16. Januar, getroffen zwischen den Herren Bügenstein und Döblin, deren für uns ausschlaggebender dritter Punkt wie folgt lautete:

Der Tarif vom 1. Januar 1890 gilt weiter und wird solange als gültig anerkannt, bis eine andre Vereinbarung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft getroffen ist. (Zeitschrift für D. B. Nr. 4 vom 21. Januar 1892).

Eine andre Vereinbarung nach den Voraussetzungen dieses Abkommens ist bisher nicht getroffen, der Tarif vom 1. Januar 1890 gilt also weiter und wer ihn mißachtet, begeht einen Kontraktbruch!

Kontraktbruch nach den eignen Worten der Herren Klinkhardt und Kamm, die den Tarif jetzt außer Kurs setzen wollen; sie fügten dem vorstehend abgedruckten Uebereinkommen folgende Aufforderung bei:

„Zugleich fordern wir die Herren Kollegen auf, die Errungenschaft des Kampfes, die Tarifgemeinschaft deutscher Prinzipale und Gehilfen hochhalten und den gegenwärtig gültigen 1890er Tarif in allen Punkten streng einhalten und für seine Durchführung und Verallgemeinerung wirken zu wollen.“

Und heute, nach etwas mehr als einem halben Jahre, soll, ohne daß irgend eine Verhandlung mit den Gehilfen stattgefunden hat, dieser Tarif ungültig sein und durch einen andern ersetzt werden können?

Wir sagen es noch einmal: Das ist eine schreiende Kontraktbrüchigkeit und wer sie begeht, der verdient nicht, daß ihm jemals Wort und Recht gehalten werde!

Eine Lohnreduktion bietet man den Gehilfen, wo man vor dreiviertel Jahren eine 7½ prozentige Lohnerhöhung — 2 Millionen jährlich, wie Vorstand und Tarifausschuß des D. B. W. damals verkündeten — zu bewilligen sich erbot — eine Lohnreduktion, wo die fünf Prinzipalsvertreter bei der der Ausstandsbeendigung vorhergehenden Besprechung mit den Gehilfen erklärten, sie böten ihren ganzen Einfluß auf, dem in ihren Reihen geäußerten Wunsch einer Lohnreduktion entgegenzutreten, würden diese aber nur dann aufhalten können, wenn die Gehilfen die Arbeit sogleich aufnahmen, was denn auch geschah — eine Lohnreduktion, wo dieselben Herren, um die Gehilfen für die baldige Arbeitsaufnahme zu gewinnen, durchblicken ließen, daß nachher, etwa zum Oktober — nach einer Tarifbindung — eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten könne. Erinnern Sie sich, Herr Felix Kraus in Stuttgart?!

Und bei diesem Unterschiede von Versprechen und Halten sollen die Arbeiter noch eine Spur auf Versprechungen der Unternehmer geben? Kann der Arbeiter noch auf den Nutzen seiner Arbeitgeber bedacht sein, wenn seitens dieser die Ehrlichkeit gegen ihn so gleichgültig an den Nagel gehangen wird? — Er kann es nimmermehr! (Schluß folgt).

Ueber die Zentral-Krankenkasse.

Ueber die Verhandlungen der Generalversammlung sind in weitere Kreise der Kollegen bis jetzt nur in gedrängter Form Mitteilungen gelangt, die unmöglich ein klares Bild über dieselben zu geben in der Lage waren. So ist es natürlich, daß ein Teil unserer Kollegen über manchen Beschluß der letzten Generalversammlung im unklaren ist und mit einer gewissen Bangigkeit den Dingen entgegensteht, die da kommen sollen.

Daß auch die mündliche Berichterstattung nicht dazu angethan ist, das kolossale Material, welches die Generalversammlung verarbeitet hat, erschöpfend zu behandeln, beweist uns am allerbesten das Vorkommnis in Freiburg i. Br. bezüglich der Invalidentasse.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Freiburger Protestler, sobald sie das Protokoll über die Invalidentasse gelesen haben, es schmerzlich bedauern werden, Wasser auf die Mühle der Prinzipale geliefert zu haben.

Derartige Vorkommnisse sind aber nur durch die Unkenntnis der Beweggründe zu solchen Beschlüssen möglich. Umso mehr verwundert es daher, daß der Vorstand der Krankenkasse in einen ähnlichen Fehler verfällt.

In Nr. 86 des Corr. befindet sich eine Bekanntmachung des Vorstandes der Zentral-Krankenkasse, aus welcher zu ersehen ist, daß die Urabstimmung über die genannte Kasse in nächster Zeit vor sich gehen soll.

Wenn ich mich damit auch einverstanden erklären kann, daß der Beschluß der Generalversammlung sobald als möglich ausgeführt wird, so ist es mir doch unerklärlich, wie man einen so wichtigen Schritt thun kann, ehe man die Mitglieder darüber im klaren weiß. Ich habe bereits weiter oben ausgeführt, daß die Motive über die Beschlüsse der Generalversammlung bis jetzt nicht bekannt sind und es ist kaum anzunehmen, daß die Mitglieder der Krankenkasse davon unterrichtet sind, aus welchen Gründen die Auflösung der Kasse in der Generalversammlung beantragt wurde.

Ich würde die sofortige Urabstimmung in keiner Weise beanstanden, wenn die Mitglieder im Besitze des Protokolls der Generalversammlung wären, aus welchem sie ersehen könnten, was für und was gegen die Auflösung ausgeführt wurde, um sich so ein selbständiges Urtheil bilden zu können.

Da aber den Mitgliedern zum selbständigen Urtheile nicht der geringste Anhaltspunkt gegeben, befürchte ich, daß die Urabstimmung eine verfrühte ist, die sich unter Umständen an der zukünftigen Gestaltung unserer gesamten Organisation schwer rächen kann.

Ein großer Teil unserer Kollegen hängt aus Gewohnheit an den alten Institutionen, während ein anderer Teil befürchtet, er würde durch die Reformen geschädigt, zu welchem Glauben ja auch die Organe unserer Herren Prinzipale ihr gehöriges Scherlein beitragen.

Es liegt mir nichts ferner, als hier das Für und Wider zu beleuchten, da dies ein Eingriff in den natürlichen Gang der Angelegenheit wäre. Ich kann aber nicht umhin, zu erwähnen, daß von allen Rednern, die in der Generalversammlung für die Auflösung der Krankenkasse sprachen, ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen

wurde, die Urabstimmung erst dann stattfinden zu lassen, wenn das Schicksal der Krankenkasse überall besprochen ist und die Versammlungen zu dieser Angelegenheit Stellung genommen haben.

Ich kann den Zweck der Resolution Eicher-Leipzig auch nicht anders auffassen, als daß sie dem Vorstand eine Handhabe gibt, nach welcher er die Geschäfte der Kasse führen soll, falls bis zum Inkrafttreten des neuen Krankenkassengesetzes das Schicksal der Zentral-Krankenkasse noch nicht erledigt ist.

Wenn also auch dafür gesorgt ist, daß die Kasse für den Fall, daß die Abstimmung bis 1893 nicht erledigt ist, keine Gefahr läuft, halte ich diese Ueberstürzung für überflüssig, wenn nicht schädlich.

Ich überlasse es nunmehr den einzelnen Gauen, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, in der Hoffnung, daß eine Urabstimmung nicht stattfinden wird, ehe die Mitglieder nicht vollständig über die fernere Gestaltung der Zentral-Krankenkasse aufgeklärt sind und sich darüber ausgesprochen haben.

Berlin.

Sg.

Korrespondenzen.

Th. Bremen. Wohl seit langen Jahren ist hier unter so zahlreicher Beteiligung kein Johannisfest gefeiert worden wie am Sonntage, den 17. Juli, nahmen doch ungefähr 500 Personen daran teil. Mit einem Ertrage ging mittags bei schönstem Wetter nach dem schönen, zwischen Wäldern gelegenen Osterholz-Scharmbeck. Den Spielen im Walde wurde so große Aufmerksamkeit zugewendet, daß man am Schlusse derselben erst merkte, daß man nahe am Ausgangspunkte war. Jedenfalls hat Jupiter Pluvius darüber so gelacht, daß ihm die Thränen aus den Augen rannen, denn alles suchte sich vor dem nun beginnenden Regen in Sicherheit zu bringen, wodurch aber der Humor nicht litt, denn es wurde fleißig drauflos getanzt. Nach einer Ansprache unseres Gauvorsitzers, Herrn Rosenlehner, sprach ein Kollege einen mit vielem Beifall aufgenommenen Prolog. Der Gesangverein Typographia und der erst seit kurzem bestehende Gesangverein Gutenberg trugen durch ihre besten Weisen vieles dazu bei, daß jeder beseligten Herzens die Heimreise antrat, leider schon zu früh, aber ein Eisenbahnzug wartet eben nicht. Der Humor selbst wurde noch nicht abgesehen durch den strömenden Regen, mit dem wir in der Heimat empfangen wurden, war das Vereinslokal doch noch vollgestopft bis über Mitternacht hinaus, wo noch lustig der Namenstag unsers Altmeisters unter Gesang und Vorträgen weiter gefeiert wurde. — Am 24. Juli referierte unser Delegierter über die Generalversammlung. Vor Erstattung des Referates wurde zunächst eine Kommission gewählt, welche das hiesige Herbergswesen in die Hand zu nehmen hat. Auf das Referat hier näher einzugehen, ist wohl nicht nötig. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde, da die Zeit schon ziemlich weit vorgerückt war, die Diskussion auf eine baldigst stattfindende Versammlung vertagt. — Die Firma Coffiers Nachfolger wurde allen zur geneigten Beachtung empfohlen.

e. Breslau. In der am 10. Juli abgehaltenen Versammlung des hiesigen Ortsvereins erstatteten die Delegierten des Gaus Schlesien eingehend Bericht über den Verlauf der Generalversammlungen. Die Versammlung erklärte sich nach Erläuterung der verschiedenen Motive, durch welche die Beschlüsse veranlaßt wurden, mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und gab der Hoffnung Raum, daß der Verein unter dem „neuen Kurs“ und altbewährten Titel „Verband“ weiter gehen werde zum Wohl aller, die es redlich mit der Organisation meinen. — In bezug auf den Tarif wurde von einer Seite bedauert, daß man nicht ungewidert die Regelung der Arbeitsbedingungen durch den Verein ausgedrückt habe und zwar mit demselben Rechte, welches die Prinzipale für sich in Anspruch nehmen, denn eine Tarifgemeinschaft, habe sie welche Form sie wolle, werde doch auch in Zukunft nur von dem einen kontrahierenden Teil als für sich bindend betrachtet werden. — Die am 24. Juli abgehaltene Ortsvereinsversammlung besaßte sich mit der Stellungnahme zu dem Vorgehen Coffiers und der in letzter Stunde bekannt gewordenen Wiederaufnahme des Protestes von Stuttgart aus. Der Vorsitzende bedauerte in seinen einleitenden Worten, daß gerade diejenigen nicht anwesend sind, welche sich veranlaßt fühlten, aus Unkenntnis der Verhältnisse oder „gewisser geschäftlicher Rücksichten“ wegen ihre Unterschrift zu geben und wies hierauf, insbesondere auf die Beschlüsse betreffs der Zentral-Invalidentasse eingehend, nach, daß die General-

versammlung nur im Interesse der Organisation und ihrer Mitglieder gehandelt, indem letzteren auf diese Weise allein ihre wohlverordneten Rechte auch für die Zukunft gewahrt bleiben können. Alle folgenden Redner verurteilten auf das schärfste die Intrigen der Prinzipalsführer und die Versammlung gab ihrer Meinung in folgender, einstimmig angenommenen Resolution Ausdruck: „Die am 24. Juli tagende Versammlung des Breslauer Buchdrucker-Gesellenvereins erblickt in dem Vorgehen Cossiers und seiner Nachfolger nichts weiter als einen von der Leipziger Prinzipalsführung gegen die Hilfsorganisation geführten Coup; sie erklärt die durch den Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse erlangten Unterschriften für wertlos und hält an den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlungen fest.“ — Dem Vorgehen Leipzigs und anderer Orte entsprechend, wurde auch hier darauf Rücksicht genommen, daß allen denen, welche ihre Unterschriften zurückziehen wollen, Gelegenheit geboten wird, dies in diskreter Weise thun zu können. Um denjenigen Mitgliedern, welche der Versammlung fernblieben, so viel wie möglich Aufklärung über die Lage der Dinge zu verschaffen, wurde die Ausgabe eines gedruckten ausführlichen Zirkulars beschlossen.

Kiel. Nachdem sich unser Delegierter, Herr Stenzel aus Kiel, am 17. Juli in Neumünster seines Stuttgarter Generalversammlungs-Berichts entledigt hatte, referierte derselbe am 19. ds. in einer äußerst stark besuchten Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft. Der Referent schilderte in einstudierter Rede die sehr schwierigen Arbeiten der Generalversammlungen und schloß mit dem Wunsche, daß dieselben Anerkennung bei den Kollegen finden möchten. In der sodann folgenden Diskussion erklärte sich die Kieler Mitgliedschaft mit dem Resultate der in Stuttgart gepflogenen Verhandlungen einverstanden. Allgemein trittsüchtig wurde allerdings die Handlungsweise des Prinzipalvorstandes sowie das unkollegialische Vorgehen des Herrn U. Cossier. Die hierauf einstimmig angenommene Resolution lautet wie folgt: „Die am 19. Juli tagende zahlreich besuchte Versammlung der Mitgliedschaft Kiel erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlungen in Stuttgart einverstanden und verpflichtet mit allen Mitteln für Verwirklichung derselben einzutreten. Ferner verurteilt die heutige Versammlung das wiederholte Eingreifen des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins in die inneren Vereinsangelegenheiten des U. B. und speziell das Vorgehen des Mitgliedes, Herrn Cossier und bedauert, daß derartige Vorkommnisse aufs neue die Ruhe im Gewerbe zu stören drohen.“

* **Mannheim.** In Nr. 87 des Corr. befindet sich ein Bericht aus Mannheim mit dem Zeichen -n-, in dem die Berichterstattung des hiesigen Delegierten als etwas ganz nebensächliches behandelt wird. Das etwa 3/4 Stunde dauernde Referat desselben kann man doch nicht „einige Bemerkungen zu den Beschlüssen der Generalversammlung“ nennen. Zudem entspann sich, nachdem beide Referenten gesprochen hatten, eine längere Debatte, auf welche sowohl der Delegierte wie auch Kollege Dolinski Rede und Antwort gaben. Es scheint gerade so, als ob der Verfasser der -n-Korrespondenz dem Delegierten mit diesen „einigen Bemerkungen“ etwas an Zeug zu flößen wollte. Nur immer aufrichtig berichten und bei der Wahrheit bleiben, Herr -n-Korrespondent. Daß der Besuch der Versammlung von Seiten der Mannheimer Kollegen ein schwacher war, ist richtig, es hatten sich jedoch die Ludwigshafener Kollegen in ziemlicher Anzahl eingefunden.

b. **Warburg.** 25. Juli. In der letzten Versammlung erstattete unser Bezirksvorsitzender Herr Scheidemann als einer der Delegierten für den Gau Frankfurt-Hessen Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung. Nach einleitenden Bemerkungen über die Gründe, welche diese außerordentliche Generalversammlung und die Umgestaltung unsers Vereins nötig gemacht, erläuterte derselbe in fast zweistündigem Vortrage die wichtigsten Paragraphen des neuen Statuts und den Beschluß betr. der Zentral-Krankenkasse. In der darauf folgenden Diskussion äußerte u. a. ein älteres Mitglied Bedenken gegen die beabsichtigte Kasernenvermehrung, was dem Referenten und anderen Anwesenden Veranlassung gab, sich über die Erfahrungen der letzten Streibewegung und die notwendig daraus resultierende gründliche Umformung unsers Gewerkevereins noch des weitern auszulassen. Nach Besprechung noch einiger minder wichtigen Punkte und Beantwortung einiger Anfragen wurde dem Delegierten für seinen ausführlichen Bericht und seine Tätigkeit im Sinne der Wünsche der Mitglieder des Bezirks Warburg der Dank der Versammlung ausgesprochen. — Die hiesige Mitgliedschaft ist durchaus mit den grundzüglichen Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden; durch Abschneiden unsers alten Popes verpflichtet sie sich für die Zukunft ein kräftiger pulsierendes Vereinsleben, bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern und dementsprechend an Einfluß auf unsere gewerblichen Verhältnisse. Daß unser „neuer Kurs“ der richtige ist, zeigt klar das Mißvergnügen der Prinzipale und die trampfhaften Versuche derselben, mit Hilfe feiler Gehilfenelemente der orga-

nisierten Gehilfenschaft ein Bein zu stellen. Doch mögen es die Herren nur sich selbst zuschreiben, daß sie durch ihre Nachschichten vor, während und nach der letzten Bewegung und das Eingreifen der Behörden in ihrem Interesse uns zwar augenblicklich geschadet, aber auch gleichzeitig die Augen geöffnet haben über das, was wir in Zukunft zu thun und zu lassen haben. Ihr Bemühen war eben auch „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Stuttgart, 20. Juli. Die am 16. Juli im Paul Weisichen Saal abgehaltene Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart der B. K. K. erfreute sich eines guten Besuches. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung über die Generalversammlung und Stellungnahme zu den Beschlüssen derselben. Der Verwalter, Herr Knie, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache und erteilte dem Referenten über diesen Punkt, Herrn Wojus, das Wort. Redner erörterte die Gründe für die Auflösung der Kasse, die von der Generalversammlung empfohlen wurde. Die neue Novelle zum Krankenkassen-Gesetz bringe zunächst in der Verwaltung bedeutende Ersparungen; so sei beispielsweise jede Veränderung der Mitglieder der Behörde anzuzeigen, ebenso habe die Kasse jeden Unfall im Beruf der Berufsgenossenschaft zu melden. Durch diese Verpflichtungen werde wiederum eine häufige Kontrolle der Kasse seitens der Behörde bedingt, die Störungen und Verlästigungen der einzelnen Verwaltungsstellen hervorbringen würde. Was alles dies bei einem so starken Konditions- und Domizilwechsel unserer Mitglieder bedeute, könne jeder, der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut sei, selbst ermessen. Außer diesem hätten die freien Hilfskassen die Pflicht, der Berufsgenossenschaft Einsicht in die Bücher zu gestatten. Am einschneidendsten sei jedoch die Gewährung von Arzt und Medizin. Da unsre Kasse im vergangenen Jahr an über 650 Orten Mitglieder hatte, so könne man sich einen Begriff davon machen, was es für Kosten verursachen würde, wenn beispielsweise einzelne kranke Mitglieder sich von Spezialisten behandeln ließen, ganz zu schweigen von den Medikamenten. Dieses Verlangen allein involviere eine Steuererhöhung um 30 Pfennig die Woche. In allen Orten mit Ärzten und Apotheken ein diesbezügliches Abkommen zu treffen, das gehöre zu den Unmöglichkeiten, eine einheitliche Grundlage für die Leistungen der Kasse sei nach den ihr auferlegten Pflichten ausgeschlossen. Außerdem müsse die Tarifierung der Unterstützungssätze nach den in den einzelnen Orten geltenden ortsüblichen Tageslöhnen resp. Verdiensten als ganz undurchführbar betrachtet werden. So sei man nach reiflichem Erwägen des Für und Wider auf der Generalversammlung zu obigem Entschiede gekommen. Alle Delegierten seien auch in dieser Beziehung einig gewesen und hätten sich im Prinzip für die Auflösung der Kasse ausgesprochen; nur über die weitere Gestaltung resp. Gewährung von Unterstützung in Krankheitsfällen sei man verschiedener Meinung gewesen. Während die größere Zahl der Delegierten für die Uebernahme dieser Leistungen auf den Gewerbeverein pläbierte, hätte sich ein geringerer Teil derselben für eine Zuschußkasse erklärt. Erstere Ansicht sei denn auch, wie das neue Statut des Verbandes ausweise, maßgebend. Was nun die vielleicht hier und da auftauchende Befürchtung, als hätten die Mitglieder durch die Auflösung einen Schaden zu erleiden, betreffe, so müsse er solche entschieden als unbegründet zurückweisen. Denn sobald die Auflösung beschlossene, sei jeder verpflichtet in die Ortskasse einzutreten und dortselbst alsbald bezugsberechtigt. Die Mängel, womit noch viele Ortskassen behaftet, seien leicht an der Hand der Gesetzgebung — die ja für die Zwangskassen den größten Spielraum gewähre, was bei den freien Hilfskassen nicht der Fall sei — sowie durch rege Agitation in den Kassen selbst zu beseitigen und diese den Wünschen der Beteiligten entsprechend zu gestalten. Als Beispiele führte Redner die Ortskassen in Hamburg, Leipzig, Berlin und anderen Orten an, wo die Unterstützung auf ein Jahr erhöht und verschiedentlich freie ärztliche Behandlung und die Gewährung von Medikamenten an die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt worden sei. Was nun die auf der Reise erkrankten Mitglieder anlangte, so trete bei einem Uebertritt in die Ortskasse der Gewerbeverein ein, da dieser Fall eine Angehörigkeit zur Ortskasse ausschließe. Der Redner erwähnte dann noch das von vielen Seiten angezogene oblique Drittel, das nun die Prinzipale zum Krankenkassenbeitrage leisten müssen, was ihnen bisher von uns erlassen war. Auch hätten viele Delegierte betont, daß man nicht gesonnen sei, mit riesigen Opfern eine Kasse aufrecht zu erhalten für Leute, die allen kollegialen Sinnes bar seien und nur ihr wertvolles Ich im Auge haben, die beim Eintritt in den Gewerbeverein wüßten, was sie für Verpflichtungen hiermit übernehmen, aber nur den Zweck verfolgten, auf diesem Weg in die Krankens- und Invalidenkasse zu kommen, um dann nach Verlauf der zwei Jahre bei passender oder unpassender Gelegenheit dem Gewerbevereine den Rücken zu kehren und die Unterstützung

der Arbeitslosen und Reisenden den anderen zu überlassen, selbst aber nur Mitglieder der Krankenkasse zu bleiben. Schließlich forderte der Redner die Anwesenden nochmals auf, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß bei der Urabstimmung ein dem Beschluß der Generalversammlung gleiches Resultat erzielt werde. — Aus der sich an das Referat anschließenden Debatte, in deren Verlaufe sich alle Redner mit den Beschlüssen der Generalversammlung vollständig einverstanden erklärten, ging noch folgender, einstimmig angenommener Antrag hervor: „Die heutige Versammlung beauftragt die örtliche Verwaltungsstelle, die nötigen Schritte zur Auflösung der Zentral-Krankenkasse baldmöglichst einzuleiten.“ (Schluß folgt.)

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Zu dem internationalen typographischen Kongreß in Bern haben sich weiter angemeldet Vertreter aus Belgien (Van den Borpe), Bulgarien, Holland, Italien (Angelo Carugati) und Spanien (Atienza).

Sowohl die mit dem Namen Cossier getaufte wie auch die nachher von den 52 Stuttgartern in Angriff genommene Denunziationsvorbereitung hat sich auf Landesgebiete ausgedehnt, wo die Zentral-Invalidentasse des U. B. gar nicht hinreicht. Unterschriften für die oben genannten Entrepreneure sind nämlich nicht nur in Bayern, sondern auch in Elsaß-Lothringen gesammelt worden, obwohl beide Länder ihre eignen Kassen besitzen. Ob die Abfender der Unterschriftsbogen aus Unkenntnis oder Geriebenheit bis in diese Kreise ihren Gang ausdehnten, wollen wir nicht untersuchen, jedenfalls erscheinen sie als überpeinliche Rechtsvertreter.

Aus Stuttgart wird uns mitgeteilt, daß der Mitbesitzer der Metzlerschen Buchdruckerei, Herr Arthur Werlich, sein Personal zum Unterschreiben des Faktorenprotokolls gegen die Beschlüsse betreffs der Invalidenkasse mit besonderer Schneidigkeit angehalten hat. Es wird diese Nachricht vielleicht um so mehr wunder nehmen, als der andre Miteigentümer eines Geschäftes und Bruder des obigen, Herr Egon Werlich, der Hauptopponent gegen Klinhardt in Breslau war. Wir glauben aber hierdurch auf neue unsre Vermutung bestätigt zu finden, daß die liberalisierende Opposition im gegnerischen Lager nur eine Komödie ist, aufgeführt, um die Gehilfen über das, was von den Prinzipalen zu erwarten ist, zu täuschen und nach dem Grundzuge „Teile und herrsche“ in Meinungsverschiedenheiten über die richtige Art des Verhaltens zu den Unternehmern zu bringen.

Die Kunstanstalt für Phototypie, Photolithographie und Kunstdruckerei von Körner & Dietrich in Leipzig verendet an Interessenten eine Anzahl von Illustrationsproben — Autotypien nach Lichtdruck, Photographie und Tuschezeichnung, ein Druck von phototypischen Platten, ein Blatt vielarbigen Buchdruckes sowie eine Chromotypie — die durchweg uneingeschränktes Lob verdienen. Mit einer gewissen Bescheidenheit sagt die Anstalt, daß sie nach zehnjährigem Streben im modernen Illustrationswesen, was Leistungsfähigkeit anbetriffe, mit ihren Konkurrenten in die Schranken treten könne, wir wollen aber meinen, wer schon solche vollendete Leistungen in reicher Anzahl aufzuweisen hat, der hat bereits den Sieg hinter sich. Wohl am Platze ist der Appell an die Verleger, sich der zu Gebote stehenden Kunst häufiger zu bedienen und darin ihren englischen Kollegen nachzuzweifeln, denn wer die litterarischen Erscheinungen des Inselreiches sieht, der wird über den dort gebotenen Reichtum der illustrativen Ausstattung staunen. Die Anstalt von Körner & Dietrich ist aber, wie ihre Proben beweisen, im Stande, deutschen Werken denselben Glanz zu verleihen, in welchem die englischen schillern.

Der Zentralverein in Prag beschäftigte sich in einer außerordentlichen Generalversammlung am 17. Juli mit dem Ankauf eines Hauses oder dem Neubau eines solchen. Es wurde diese Angelegenheit einer Kommission zur weiteren Beratung übergeben. Ferner wurde der Antrag, den zur aktiven Militärdienstzeit einrückenden Mitgliedern eine Reiseabfertigung von 25 fl. unter gewissen Bedingungen zu gewähren, angenommen.

In der Druckerei der Zeitung Democrat in Philadelphia wurde ein Tarif für Maschinenfeger vereinbart, welcher die Arbeitszeit an der Maschine täglich auf sieben Stunden bei sechs Tagen oder acht Stunden täglich bei fünf Tagen festsetzt und für Lehrlinge an der Maschine ein Minimum von 16 Doll. für Tag- und 20 Doll. für Nachtarbeit verlangt; bei einer Leistungsfähigkeit von 4000 Buchstaben in der Stunde 18 bzw. 22 Doll. und bei 5000 Buchstaben 20 bzw. 24 Doll.

Briefe und Literatur.

In Hamburg ist eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Bildung begriffen, die vom 1. Oktober ab unter dem Titel Hamburger Totalanzeiger ein neues Blatt herausgeben will. Grundkapital 100000 Mfl.

Verurteilt wurde der Verleger der Magdeburger Volksstimme zu 50 Mk. wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Einrichtungen, der Redakteur der Sächsischen Arbeiter-Zeitung zu 30 Mk. wegen Beleidigung eines Fabrikanten, der ehemalige Redakteur der in Hamburg erscheinenden „Gerechtigkeit“ zu 4 Monaten Gefängnis wegen Aufreizung und Beleidigung. Bei letzter Verhandlung spielte sich ein bemerkenswerter Zwischenfall ab. Nach der Vernehmung eines Zeugen stellte der Staatsanwalt die Frage, ob Zeuge Sozialdemokrat sei. Trotz Einspruchs des Verteidigers beschließt der Gerichtshof in bezug auf diese Frage den Zeugniszwang und droht mit 50 Mk. Geld- event. Haftstrafe. Hierauf bejaht der Zeuge die Frage und nun stellt der Staatsanwalt die Glaubwürdigkeit desselben in bezug auf seine vorherigen eidlichen Aussagen in Abrede. Damit ist einer ganzen Partei die Befähigung, als Zeuge vernommen zu werden, abgesprochen. Nach dem geltenden Strafrecht kann dies nur demjenigen gegenüber geschehen, der wegen Meineides bestraft wird. Die Konsequenzen der staatsanwaltschaftlichen Auffassung bestehen darin, daß jeder, der sich als Anhänger der sozial-demokratischen Partei bekennet, jedwede Zeugnis-Aussage verweigern kann, da ihm ja doch nicht geglaubt wird.

Der katholische Pfarrer Johann Lang aus Markkirch, in Frankreich als Lehrer thätig, hat in einer Schulgrammatik in bezug auf den Elsaß Politik getrieben, was ihm 1 Monat Gefängnis einbrachte wegen „öffentlicher Behauptung und Verbreitung wissenschaftlich entstellter Thatsachen, um dadurch die Staatseinrichtung der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich verächtlich zu machen“. Der Buchdruckereibesitzer Bauer in Straßburg hatte bei Einreichung des Pflicht-exemplars die anföhrigen Seiten entfernt und muß nun für diese Verschleierung der Thatsachen ebenfalls 200 Mk. zahlen.

In Lemberg erscheint seit 8. Juli unter dem Titel Arbeiterstimme ein Organ der jüdischen Arbeiterpartei zweimal monatlich zum Preise von 30 kr. vierteljährlich. Das Blatt ist mit hebräischen Lettern gedruckt und im polnisch-jüdischen Jargon geschrieben.

In Graz starb am 24. Juli der Wiener Schriftsteller Franz Julius Schreieberger, 65 Jahre alt. Unter dem Pseudonym Arthur Storch schrieb derselbe viele, f. Z. stark gelesene Romane.

Die bulgarische Regierung hob vom 1. August ab die Zensur der Presse auf.

Eingegangen bei der Redaktion.

Die Neue Zeit (Stuttgart, F. V. W. Diez' Verlag) 44. Heft enthält: Kapitalistische Agonie. Kulis für Deutsch-Ostafrika. Das „Thonsilber“ (Aluminium). Aus dem großen Schuldbuche, von Gustav Hoch. Litterarische Rundschau. Notizen. Feuilleton.

Arbeiterbewegung.

In Wilhelmshaven will ein Teil der Schuhmacher eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse (Hungerlöhne bei 13stündiger Arbeitszeit, wie sie in einigen Werkstätten noch üblich) nötigenfalls durch Streik herbeiführen. In Brandenburg streiten 25 Arbeiter der Ernst Carus'schen Ziegelei. In der mechanischen Musikwerkfabrik von Cocchi, Bacigalupo und Grassigna in Berlin sind Differenzen wegen der Ueberstunden (vierzehn- bis sechzehnständige Arbeitszeit) entstanden, die seitens der Unternehmer durch Einstellung von Arbeitern aus Böhmen beigelegt werden sollen. Die Steinmengen in Berlin haben einen von der Innung genehmigten Tarif, aber kein Meister bezahlt danach, wahrscheinlich um den Beweis zu führen, daß Theorie und Praxis sich nicht decken, daß ein Lohn tarif zwar vereinbart, auch gedruckt werden kann, aber sonst keinen Zweck hat. So entstehen Differenzen bis zu 20 Prozent zu ungunsten der Arbeiter, was die Steinmengen an der Dom-Ufermauer zur Arbeitsniederlegung veranlaßte. In Hannover legten in der Metallgießerei von Pfahl & Männel die Formier die Arbeit nieder infolge Lohnstreitigkeiten.

Der Streik der Schmiede in Wandśbed ist durch Zugang zu ungunsten der Streikenden, welche bis auf zwei Mann abgereist oder anderweitig untergebracht sind, verlaufen, ebenso wurde der Streik der Offenbacherischen Glaschleiferei in Fürth als aussichtslos aufgegeben.

Geborben.

In Eutin am 22. Juli der Sezer Hugo Meyer aus Eutin, 21 Jahre alt — Lungenchwindfucht. — Am 23. Juli der Mitinhaber der Firma Friederichsen & Co.: Heinrich Friederichsen aus Eutin, 30 Jahre alt — Lungenleiden.

In Innsbruck am 27. Juni der Sezer Peter Paul Palla (bei Rauch), 26 Jahre alt.

In Philadelphia am 24. Juni der Faktor (Druckerei des Demofrat) Karl Kröh, geb. in Mainz 1819.

Briefkasten.

L. in Stuttgart: Tagwachtnotiz nicht erhalten. Besten Gruß. — T. in Hamburg: Gelegenheits-Litteratur, für welche Ihnen Manuskript zur Verfügung steht, während wir es sonst bei irgendwie auftretendem Bedarf abgeben. — T. in Bremen: Schlußsatz sehr richtig. Besten Gruß. — L. in Neudamm: Betrag (50 Pf.) bei Aufgabe. — G. in Amsterdam: Tausch abgelehnt. — G. in Berlin: Betreffende Nachtlampe durchleuchtet, um die Zeit der sauren Gurke regelmäßig einen Teil unserer Presse. Von anderer Seite ist schon früher vor ihr gewarnt worden. Mit dem weiteren Punkte konnten wir uns noch nicht beschäftigen, jedenfalls ist aber Ihre Meinung zutreffend.

Vereinsnachrichten.

Schleswig-Holstein. Der Gauvorstand besteht aus folgenden Personen: F. Chr. Heilmann, Vorsteher, Jürgensgaardfeld 5a; Wilh. Schwand, Kassierer, Marienstraße 48, II; Emil Schmidt, Schriftführer; B. M. Husfeldt und J. P. Chr. Laban, Beisitzer; Th. Edl. Hummel und Alb. Weinig, Revisoren, sämtlich in Flensburg.

Die mit den monatlichen Abrechnungen noch rückständigen Mitgliedschaften werden um baldgefällige Einzahlung derselben ersucht, da andernfalls die Abrechnungen seitens des Gauvorstandes nicht zur rechten Zeit an die Zentralstellen eingeleitet werden können.

Die Herren Vereinsbeamten werden ergebenst ersucht, die Adresse des 21-jährigen Sezers Wilhelm Kuge aus Lübeck, welcher unter Hinterlassung diverser Verbindlichkeiten abgereist ist, an obgenannten Gauvorsteher oder an Herrn Buchdruckereibesitzer Sigismund Rothe in Lönbern baldmöglichst einzufenden.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Achern der Schweizerdegen Friedrich Büchner, geb. in Neulupheim 1874, ausgl. in Schwegingen 1892; war noch nicht Mitgl. — A. Herzog, Freiburg, Klarstr. 51.

In Nürnberg die Sezer 1. August Wambberger, geb. in Höchststadt a. N. 1868, ausgl. das. 1886; 2. Christian Weg, geb. in Erlangen 1873, ausgl. das. 1890; waren noch nicht Mitglieder; 3. Paul Lätzsch, geb. in Greiz i. V., ausgl. das. 1888; 4. Willy Barbara, geb. in Ems 1867, ausgl. in Köln 1884; 5. Adolf Mährenschlager, geb. in Erlangen 1871, ausgl. das. 1889; waren schon Mitglieder. — Heinrich Fiedler, Vorderer Spitalhof 3, II.

In Kostod der Sezer und Drucker David Fider, geb. in Aue (Sachsen) 1872, ausgl. das. 1891; war noch nicht Mitglied. — L. Heller, Doberanerstr. 114.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Braunschweig. Zur gefl. Kenntnisnahme, daß der Fremdenverkehr der hiesigen Herberge zur Heimat entzogen und nach dem Bayerischen Hof, Delschlagern, verlegt worden ist. Corr. liegt aus.

Königsberg, Ostpr. Die Herren Reifeleerverwalter werden ersucht, dem Sezer Adolf Trost (Schleswig-Holstein 415) 50 Pf. abzuziehen und an den Kassierer Benno Paul, Unterherberger 42, portofrei einzufenden.

Zentral-Invalidentasse.

In der in Nr. 88 veröffentlichten Quittung gehört die Ausgabe von 100 Mk. Begräbnisgeld zu Osterland-Thüringen, nicht zu Oberheim. Ferner fehlt die Note zum Saldo-Vortrag vom 31. März 1892: Die Vorküsse bei den Gauen sind im Saldo mit enthalten.

Dreispaltige Zeile 25 Pf., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Veranmeldungs-Anzeigen die Zeile 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Ausgabe zu entrichten. Offerten ist freimärkte beizufügen.

Flottg. Buchdruckerei
in Berlin, gute f. Werk- u. Accidenzfund-schaft (Invent. 20000 Mk.), soll erbt-eilungshalber verk. werden. Off. sub O. L. Berlin W. 57, postlagernd. [812]

Handgußmaschinen, Bestoßzeuge
zu kaufen gesucht. Offerten u. M. 576 an G. Pittner, Annoncen-Exp., Berlin C 22. [897]

Accidenzseker
erste Kraft, wünscht sich als solcher oder als Faktor einer Accidenzdruckerei zu verändern. Derselbe wäre auch nicht abgeneigt, sich mit einer Einsage an einem solchen Geschäft zu beteiligen. Offerten unter Z. 899 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger Schriftseker
sucht als Wert- oder Zeitungseker nach Süddeutschland Kondition. Offerten unter N. S. 898 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Maschinenmeister
z. Z. i. d. Pfalz, 26 J. alt, durchaus tücht. u. erfahren und selbständig arbeitend, sucht f. sof. dauernde Kon-dition. Werte Off. u. Nr. 894 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stereotypie.
einige Spezial-fabrik für den **Gesamtbedarf** der Stereotypie Materialien, Appa-rate, Unterlagen usw.
Verlag des Graph. Anzeigers. Aufl. 10000, pro Jahr 2,40 Mk.

2 Pf.
pro Quadratcent., mindestens jedoch 40 Pf. pro Stück kosten Galvanos nach einzusendenden Originalen; Lieferung jedes Quantum in kürzester Frist.

3 Pf.
pro Quadratcentim. kosten Stereotypplatten; dieselben auf Holzfuss montiert 5 Pf. pro Quadratzoll.
Wilh. Riem, Berlin SW, Ritterstr. 75.
Stereotypie, galvanopl. Anstalt. — Etabliert 1879.



Der kostenlose Konditions-Nachweis
des Maschinenmeister-Vereins Berliner Buchdrucker be-sindet sich zur Zeit in Händen des Herrn Wilh. Timm, Ritterstraße 41, Quergeb., Buchdruckerei, Berlin SW.

KARL KEMPE, Nürnberg
einige Spezial-fabrik für den **Gesamtbedarf** der Stereotypie Materialien, Appa-rate, Unterlagen usw.
Verlag des Graph. Anzeigers. Aufl. 10000, pro Jahr 2,40 Mk.

Maschinenband, Filze, Waschlauge, Reinigungs-pasta, Schmieröle, Walzenmasse empfiehlt
Gutenberg-Haus Franz Franke
BERLIN W, Mauerstrasse 33.

Den Schriftseker Eugen Döring aus Ostpreußen ersucht seine Mutter dringend, seine Adresse an Paul, Königsberg, Unterherberger 42, gelangen zu lassen. Herren, welche seine Adresse kennen, werden um Angabe derselben gebeten. Porto wird erstattet. [900]

Graphischer Beobachter.
Das reichhaltigste Fachblatt.
Jährlich 24 Hefte.
Herausgeber R. Härtel. Redakteur Friedr. Bauer.
Viertelj. 1,25 Mk. — Das 1. Vierteljahr wird für den gleichen Preis nachgeliefert. Wir bitten die verehrlichen Kollegen, für Verbreitung dieses Blattes thätig zu sein.

Deutsches Buchgewerbe-Museum in Leipzig.
Neu ausgestellt: 14 Blatt Photographien mit Ansichten der neu restaurierten St. Marienkirche in Zwickau. Aufgenommen vom Photograph W. Fiden-wirth in Zwickau. Verlag von C. R. Meckel, Zwickau.
Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen:
Die Wortteilungen des Buchdruckers. Von Weg. Ant. 1 Mk.